

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/96

20. Mai 1977

Wilhelm Kaisen ist uns ein Vorbild

Ein Gruß zum 90. Geburtstag des Bremer Altbürgermeisters

Von Hans Koschnick
Stellv. SPD-Vorsitzender und Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Hauskrach in der CDU

Helmut Kohl wird sich äußern müssen

Von Uwe-Carsten Heye
Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 43 Zeilen

Dreggers Bildungsantiquariat

Marburger Thesen: aus Alt mach Neu

Von Dieter Lattmann MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herschellstr. 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 25/26
Telefax: 02 28 940-40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Wilhelm Kaisen ist uns ein Vorbild

Ein Gruß zum 90. Geburtstag des Bremer Altbürgermeisters

Von Hans Koehn

Stellv. SPD-Vorsitzender und Präsident des
Senats der Freien Hansestadt Bremen

Der Kreis derjenigen, die nach 1945 die entscheidenden Impulse zum Wiederaufbau unseres Landes und zur Neubelebung einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung gaben, wird immer kleiner. Nur wenige Frauen und Männer der Stunde Null, denen wir soviel zu danken haben, sind noch unter uns. Dies wird uns schmerzlich bewußt, wenn wir jetzt Wilhelm Kaisen zu seinem 90. Geburtstag am 22. Mai gratulieren. Wilhelm Kaisens Name steht oben in der Liste jener unverwechselbaren Charaktere und Temperamente, die das Bild der jungen deutschen Demokratie so entscheidend geformt und geprägt haben.

Wilhelm Kaisen verkörpert ein Stück deutscher Geschichte. Vor allem aber ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wilhelm Kaisen hat aktiv miterlebt und mitgestaltet den Kampf um soziale Gerechtigkeit, um Freiheit und um Recht. Trotz aller Rückschläge, trotz aller Niederlagen hat er nie den Glauben an eine bessere Zukunft verloren. Er hat andere mitgerissen, wenn sie zu verzagen drohten, wenn sie resignieren wollten. Diese Überzeugungskraft, die sich gründete auf die eigene Überzeugung von der alles überwindenden Kraft des Lebens, die hat Wilhelm Kaisen zu einer der großen Persönlichkeiten unserer Zeit gemacht. Unvergessen sind seine Verdienste um den Wiederaufbau der deutschen Werftindustrie, um die Erneuerung unserer zerbombten Städte, unvergessen sind aber auch seine Beiträge zur geistigen und politischen Neugestaltung in Deutschland und der Welt.

Allerdings ist es nicht so, als lägen die unvergänglichen Verdienste von Wilhelm Kaisen am Staat und Gesellschaft allein in der Vergangenheit. Zumindest die Bremer und Bremerhavener wissen es besser: Wilhelm Kaisen ist mit seinem Rücktritt vom Amt des Bürgermeisters im Jahre 1965 keineswegs zum politischen Pensionär geworden. Oft genug hat er seitdem, wenn auch ohne publizistischen Aufwand, aktiv in die großen politischen De-

batten eingegriffen. Denn aktiv ist ja nicht nur derjenige, der unmittelbar an Entscheidungen beteiligt ist, aktiv ist vielmehr auch derjenige, der Anstöße und Anregungen gibt, und der - wie Wilhelm Keisen - die eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse beschwört, um daraus Folgerungen für Gegenwart und Zukunft herzuleiten.

Wilhelm Keisen wurde am 22. Mai 1887 in Hamburg als Sohn eines Maurers geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm er 1919 in Bremen die Leitung des "Bremer Volksblatt" und 1922 die Chefredaktion der "Bremer Volkszeitung". 1921 war er als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in die Bremische Bürgerschaft gewählt worden, 1928 wurde er als Senator für Wohlfahrt in den Bremer Senat berufen. Das NS-Regime entfernte ihn 1933 aus diesem Amt, Keisen zog sich auf seine landwirtschaftliche Siedlerstelle in Bremen-Borgfeld zurück.

Nach dem Zusammenbruch wurde er im Juni 1945 von der amerikanischen Besatzung in sein einstiges Amt als Senator eingesetzt und zwei Monate später zum bremischen Regierungschef und Bürgermeister von Bremen ernannt. Das erste gewählte bremische Parlament nach 1945 bestätigte am 29. November 1946 diese Ernennung.

Wilhelm Keisen ist uns in seinem Handeln und in seiner Gesinnung ein politisches und ein menschliches Vorbild geworden. Er hat Zeichen gesetzt, die über den Tag hinaus wirken. Wir haben Anlaß, Wilhelm Keisen vielfältigen Dank zu sagen, und zwar nicht durch schöne Worte, sondern durch unser Tun und durch unsere Solidarität.

(-/20.5.1977/bgy/lo)

+ + +

Haukrach in der CDU

Helmut Kohl wird sich äußern müssen

Von Uwe-Carsten Heye

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Der vom Abgeordneten Todenhöfer vom Zaun gebrochene Streit über die Rolle der CDU in der Opposition hat viele Facetten, die alle davon abhalten sollten, die zwischen den Parteien (leider) üblich gewordene grobschlächtig oberflächliche Polemik auszulösen. In der Tat, Todenhöfer hat die CDU aufgeschreckt.

Er selbst scheint zu glauben, die CDU brauche nur auf den strammen Rechtskurs der CSU einzuschwenken und dann sei die Welt einer von Strauß formierten (Rechts)-Union wieder in Ordnung. Wenn er dies meint, dann ist sein eilfertiges Bekenntnis zu Helmut Kohl nur das Feigenblatt, hinter dem er die Forderung nach Ablösung des Parteichefs verstecken will. Objektiv hat sich Todenhöfer zum Wegbereiter Alfred Dreggers an die CDU-Spitze gemacht. Dies ist in der Tat auch ein Oppositionsprogramm. Allerdings eines, das die Bundesrepublik Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt am wenigsten brauchen kann. Denn Dregger böte doch nur die Gewähr dafür, daß die Union sich weiterhin als ein parlamentarischer Widerpart versteht, der nur das Pathos der Opposition hat, nicht aber deren Funktion wahrnimmt.

Die vielen Probleme, die die Sozialdemokraten zu lösen haben, sind insgesamt nichts im Vergleich zu dem, was ihr eine Opposition aufnötigt, die bewußt und gezielt eine rationale Debatte über die uns bedrängenden Probleme in der Energie-, der Beschäftigungs-, der Sozial- und Gesellschaftspolitik verhindern will. Die Opposition der Strauß und Dregger setzt geradezu auf die Irrationalität, mit der sie manipulativ und berechnend die Macht zurückerobern will. Daher das Desinteresse an einer Diskussion über die Ergebnisse und Chancen des Londoner Wirtschaftsgipfels, wobei die Tatsache, daß dieses Treffen auch ein großer persönlicher Erfolg von Bundeskanzler Helmut Schmidt war, gewiß auch eine Rolle spielt. Fehlensanzeige auch in der Außenpolitik, wo die CDU mit gespaltener Zunge spricht. Denn die Kommuniqués, die die europäischen Schwesterparteien den deutschen Christdemokraten aufnötigen, unterscheiden sich erheblich von der Impertinenz, mit der CSU und CDU sich zuhause zu äußern pflegen.

Kohl wird sich also äußern müssen. Er wird schließlich auch zu erkennen geben müssen, ob er sich zur Erhaltung einer weitgehend fiktiven Einheit von CDU und CSU im Zweifel auch in die äußerste rechte Ecke tragen lassen würde. Geschoben oder getragen, Helmut Kohl muß Farbe bekennen, was die CDU tatsächlich noch zu den Sachproblemen inhaltlich beitragen kann.

Die deutschen Sozialdemokraten werden darauf gewiß nicht werten können. Sie müssen das Kunststück fertig bringen, im Zweifel auch ohne eine auf inhaltliche Klärungen drängende Opposition den Bürger für den Weg der Vernunft zu gewinnen.

(-/20.5.1977/bgy/10)

+ + +

Dreggers Bildungsantiquariat

Marburger Thesen: aus Alt nach Neu

Von Dieter Lattmann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft
der SPD-Bundestagsfraktion

Auf einem Hochschulkongreß in Marburg hat der hessische CDU-Vorsitzende Dregger am vergangenen Wochenende den Weg in das bildungspolitische Vorgestern angetreten. Den offenbar geduldigen Zuhörern malte er aus, wie sich die Hochschulpolitik in Hessen verändern werde, wenn man ihm, Dregger, das Amt des Ministerpräsidenten anvertraue. Seine Ausführungen waren so deutlich, daß man eine Zukunftsvorstellung daran orientieren kann. Dreggers Thesen lassen sich für nüchtern Urteilende als Wegweiser begreifen unter dem Motto: Zurück in die Wilhelminische Ära.

Alles, was mit geistiger Ertüchtigung junger Deutscher zu tun hat, soll fein ordentlich auf eine strenge, aber nach eigenem Dafürhalten gerechte Kultusobrigkeit ausgerichtet werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre wird den Eliten unter der Maßgabe gewährt, daß sie nicht an die Grundfesten überkommener Rangfolgen rühren. Es muß sich um die Art staatlich umzäunter Freiheit handeln, in der der Geist nicht etwa wehen darf, wie er will, sondern die gewährte Autonomie im Hofe der Wissenschaften leise über die Bildungsbücherei fächert.

Das Bildungssystem werde, sprach Dregger, "so vielfältig wie die Begabung der Menschen und wie der Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft". Aha - Alternativen wie Gesamtschulen und Gesamthochschulen - einst erfunden, um sozialen Ausgleich in die schichtenspezifische Bildungswirtschaft einzuführen - werden außer Landes verwiesen. Mögen die Nachbarn an ihrem unverzeihlichen Bildungsfortschritt leiden, wir bleiben beim Alten oder kehren, sofern wir im Aufbruch der sechziger Jahre hoffnungsvoll gesündigt haben, endlich ins Drei-Klassen-Bildungssystem zurück. Die oben sitzen behaupten, wie immer schon, daß die Klassenunterschiede abgeschafft wurden. Wo können sie, meinen sie, mit zuviel ausgebildeten Aufsteigern hin?

CSU-Kultusminister Maier sekundierte dem schneidigen Wunsch-Innenminister. Er bezeichnete es als "legitime Autonomie" der pädagogischen

Institutionen, den Menschen "in seine Freiheit hineinzubilden". Es muß sich um eine Art bildungspolitisches Spielroboter handeln: gefesselt zu freiem Wachstum, wobei nur Unbetrügbare auf den Gedanken kommen, hier werde durch ein verbales Trickspiel unaufhörlich das Wort Gehorsam wie in einem Bildungspuzzle durch das sinnentleerte Ersatzwort Freiheit ersetzt. Nie haben Menschen in allen erdenklichen Systemen gründlicher gehorchen müssen als unter der Parole angeblicher Freiheit.

"Ein immer weiter vereinheitlichtes Bildungswesen" will Dregger nicht. Warum ließ er nicht gleich die Platte mit dem Refrain "Eleichmacherei" laufen, wo er doch so selbstüberzeugt im Gange war? Im Klartext kann es sich nur um den Widerruf gerade erst angestrebter Gleichheit der Bildungschancen handeln, denn über die Vielfalt der menschlichen Natur braucht uns niemand zu belehren.

Kein Wort davon, das wir uns in der zweiten Phase der Bildungsreform befinden, die vor 15 Jahren begann und die Ausbildungschancen der jungen Generation in einer eindrucksvollen Evolution gesteigert hat. Kein Eingehen auf die Sozialverpflichtung, die Hochschulen und andere Ausbildungsstätten endlich entsprechend dem Verfassungsgerichtsurteil weit für die geburtenstarken Jahrgänge zu öffnen. Stattdessen nur Vereinfachung und Eliteemotionen.

Wählt Dregger, ihr künftigen Studienräte, Professoren, Ministerialräte, er macht die Uni nach unten dicht. Nur wer garantiert einem, daß man dabei ist, eingereiht unter die wenigen Glücklichen eines auserlesenen Studiensystems für Demokraten mit beschränkter Haftung, die sich vorwiegend um sich selber kümmern und die anderen bei ihren untertänigen Beschäftigungen bleiben lassen? Hauptsache, man stammt aus den entsprechenden Besitzständen, aus der richtigen Familie und hat den bevorzugten Start.

In einer Zeit für Oldtimer mag es geschehen, daß gar nicht so wenige Mitbürger Dreggers Bildungsantiquariat für die neueste Produktion des Zeitgeistes halten. Wenn die Wahlurnen uns eines Tages tatsächlich dieses Menetekel bescheren sollten, verfallen unsere Stimzettel vor Einschüchterung zur Asche. Dann seufzen wir wie Klein-Erne auf der Beerdigung bei Glatteis: "Jetzt ist Schluß mit der Pietät - jetzt wir gestreut." (-/20.5.1977/kr/10)